

Hegemonie mit dem Holzhammer? Russlands Politik in der GUS

Markus Ackeret

1. Einleitung: Der Blick nach Osten

In der Nacht vom 2. auf den 3. März 2008 trat Dmitri Medwedjew zu seiner ersten Pressekonferenz als frisch gewählter Präsident der Russländischen Föderation an. Die meisten Wähler waren längst schlafen gegangen. Ausländische Journalisten waren nicht erwünscht, und die Fragen und Antworten zu dieser späten Stunde wiesen keinen spektakulären Neuigkeitswert auf. Einer Ankündigung aber schenkten die Berichtersteller (und später auch Analytiker) besondere Aufmerksamkeit. Seine erste Auslandsreise, so beschied Medwedjew, werde ihn in ein Land der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) führen: Die Beziehungen zu den ehemaligen sowjetischen Bruderrepubliken würden erste Priorität genießen.¹

Medwedjew hielt Wort. Im Mai 2008 brach er nach Osten auf – konkret nach Kasachstan und anschließend nach China. Und weil zumindest am Anfang einer Präsidentschaft jeder Schritt des Amtsinhabers auf seinen Symbolgehalt hin geprüft wird, boten die beiden Destinationen Anlass zu mancherlei kritischen Bemerkungen. Medwedjew, der – wohl viel zu rasch – als „Westler im Kreml“ apostrophiert worden war, wandte sich nun also zunächst nach Osten und besuchte zwei Länder, deren Realverfassung man schwerlich als demokratisch bezeichnen kann. Verwunderung und Betroffenheit mancher westlicher Medien darob zeugten allerdings eher von Blauäugigkeit. Kasachstans politisches System ist in manchem an Russland geschult, quasi eine „souveräne

¹ Lukyanov, Fyodor: Good Policies Should Make Good Neighbors. In: The Moscow Times, 19.3.2008, S. 9.

Demokratie“² im Kleinen. China beeindruckt mit jener suggerierten Stabilität, die das *ceterum censeo* der russischen Politik ist. Medwedjews Wahl zum Präsidenten passte gut in diese politische Nachbarschaft.

Insofern waren die Ziele folgerichtig. Die Moskauer Zeitung „Kommersant“ schrieb zudem etwas bissig, dass Medwedjew keine große Auswahl an guten Reisezielen im postsowjetischen Raum gehabt habe. Nach acht Jahren der Präsidentschaft Wladimir Putins seien die Beziehungen zu den meisten einigermaßen gewichtigen Staaten mehr oder minder angeschlagen; und eine Visite bei vorbehaltlosen Verbündeten wie etwa Tadschikistan oder Armenien wäre denn doch etwas lächerlich gewesen.³ Daher war Kasachstan, obwohl einen vergleichsweise unabhängigen Kurs fahrend, die realistischste Wahl – auch im Hinblick auf die bevorzugt ökonomischen „Hebel“, mit denen der Kreml mittlerweile seine Interessen im ehemaligen Einzugsgebiet der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) wahrnehmen will.

Dass die GUS in Moskau nach wie vor eine Größe ist, mit der gerechnet wird, zeigte nicht nur die erste Auslandsreise Medwedjews. Im Zuge der Bildung einer neuen russischen Regierung unter Ministerpräsident Putin im Frühjahr 2008 wurde eine neue Föderale Agentur für Angelegenheiten der GUS eingerichtet und dem Außenministerium unterstellt, obwohl es dort bereits vier Abteilungen gab, die sich mit den Beziehungen zur GUS beschäftigen. Zweck der neuen Behörde soll aber nicht die traditionelle Pflege diplomatischer Beziehungen sein, sondern die Förderung wirtschaftlicher und nichtstaatlicher Zusammenarbeit mit den ehemaligen Sowjetrepubliken. Natürlich stellte sich die Frage, ob es sinnvoll war, immer neue Strukturen zu schaffen und den

² Hier handelt es sich um einen in Russland unter Präsident Putin aufgekommenen Begriff, der aber kaum geeignet ist, die autoritäre Realverfassung des Landes zu bemängeln.

³ Solov'ev, Vladimir: Rossiju zavodjat na sovместnoe chozjajstvo. Nursultan Nazarbajev predložit Dmitriju Medvedevu ob'edinit' ekonomiki. In: Kommersant, 22.5.2008, S. 1 und 9.

Beamtenapparat weiter aufzublähen.⁴ Das ist aber kein besonderes Merkmal der GUS-Politik Russlands, sondern ein generelles Muster der russischen Politik.

Faktum ist: Die schon vielfach totgesagte GUS besitzt in Moskau nach wie vor ihren Wert, auch wenn oft der Eindruck entsteht, dass Moskau anstelle einer kohärenten Politik immer neue politische und wirtschaftliche Laboratorien auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion eröffnet.

2. Russland und das „nahe Ausland“

Schon kurz nach dem Zerfall der Sowjetunion Ende 1991 und den ersten Schritten Russlands als deren wichtigstem Nachfolgestaat begann sich der Begriff „nahes Ausland“ in der Außenpolitik, den Medien und der Öffentlichkeit Russlands festzusetzen. Damit sind die ehemaligen Sowjetrepubliken in der GUS wie auch die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen gemeint. Der deutsche Politikprofessor Gerhard Simon nannte die Bezeichnung einmal „verräterisch“, weil sie suggeriere, dass sich die darunter subsumierten Republiken in einem anderen Verhältnis zu Russland befänden als alle anderen Länder und dass die Grenzen zwischen der Russländischen Föderation einerseits und den postsowjetischen Nachbarn andererseits eine entsprechend andere „Qualität“ aufwiesen.⁵

Das Postulat eines „nahen Auslands“ gab Moskau nach seiner eigenen Überzeugung das Recht, sich in die innenpolitischen Belange der anderen postsowjetischen Republiken direkt einzumischen. Der postsowjetische Raum wurde damit zum „Hinterhof“ Russlands und zum Interessen- und Einflussgebiet des Kremls erklärt und einer offenkundigen Bevormundung unterworfen. Konsequenterweise

⁴ Perevozkina, Marina: Agenstvo delikatnych poručenij. In: Nezavisimaja Gazeta, 21.5.2008, S. 1.

⁵ Simon, Gerhard: Welchen Weg geht Russland? Restaurative Tendenzen im Aufwind. In: Neue Zürcher Zeitung, 29.1.1994, S. 25; vgl. auch Shevtsova, Lilia: Russia. Lost in Transition. Washington 2007, S. 187-205.

zeichnete der damalige Außenminister Andrej Kosyrew zur Enttäuschung des Westens bei der Tagung der damaligen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, heute Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit/OSZE) vom Dezember 1992 die Leitlinien einer auf Wiedergewinnung von Einfluss im „verlorenen“ Raum ausgerichteten Außenpolitik Moskaus. Bis heute vermag Russland den „Phantomschmerz“ nicht zu heilen, den das Auseinanderbrechen der Sowjetunion und der damit verbundene Verlust des Status einer Supermacht verursacht haben.⁶ Nicht ohne Grund nannte Putin das Ende der Sowjetunion einmal die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“. Mit ihm einig sind zweifellos viele Millionen von Bürgern der jetzt unabhängigen Staaten – und keineswegs nur Russen, die in Georgien, Usbekistan oder der Ukraine „gestrandet“ sind, sondern auch – wovon persönliche Erfahrungen des Autors zeugen – der Taxifahrer in Jerewan oder der Bauingenieur in Tbilisi.

Der Begriff des „nahen Auslands“, ein Auswuchs dieses nicht zu verwindenden Verlustgefühls, blieb vor allem in den 1990er-Jahren weitgehend Worthülse, weil es Russland an politischem Gewicht und wirtschaftlichen Möglichkeiten mangelte. Er stieß aber in den betroffenen Ländern wie auch im Westen auf Befremden. Dazu kamen die von unterschiedlichen politischen Kräften in Russland, zunehmend aber auch vom Kreml selbst und vom Außenministerium in die Welt abgefeuerten rhetorischen Breitseiten gegen verschiedene GUS-Mitglieder, die sich aus Moskauer Sicht „illoyal“ verhielten. Russland, das den USA oder der EU bei jeder Gelegenheit „Doppelstandards“ vorhält, ist selbst in seiner Wahrnehmung höchst selektiv: Es verbittet sich „ausländische Einmischung“ in innere Angelegenheiten, fühlt sich aber selbst zu genau einer solchen bemüßigt, wenn es im postsowjetischen Raum die „ruhmreiche sowjetische Vergangenheit“ angekratzt glaubt. Das führte etwa im Frühjahr 2007 zu massiven politischen und diplomatischen Kontroversen um die Versetzung eines sowjetischen Kriegerdenkmals in der estnischen Hauptstadt Tallinn, die von zahllosen Cyber-Attacken auf estnische Regierungsinstitutionen, Medien, Banken usw. begleitet waren. Viel Aufregung in Russland

⁶ Vgl. Donath, Klaus-Helge: Das Kreml-Syndikat. Berlin 2008.

erzeugte 2008 auch der Prozess gegen Arnold Meri, einen ethnisch estnischen „Helden der Sowjetunion“ im Zweiten Weltkrieg, der nach 1945 eine unrühmliche Rolle im kommunistischen Estland gespielt hatte.⁷

Das „nahe Ausland“ ist in den normalen Sprachgebrauch übergegangen, ohne explizit Thema zu sein. Implizit aber leitet Moskau bis heute eine Art „moralisches Recht“ ab, im ehemals sowjetisch beherrschten Raum – im Übrigen über die Grenzen der UdSSR ausgreifend, wie die NATO-Erweiterungsdebatten seit den 1990er-Jahren zeigen – eine führende, sich einmischende Rolle zu spielen. Und es liegt in der Natur des Terminus „nahes Ausland“, dass das „ferne Ausland“ sich aus „binnen-postsowjetischen“ Verhältnissen herauszuhalten hat. Die GUS als solche spielt dabei eine eher zweitrangige Rolle, auch wenn Russland daran gelegen zu sein scheint, den Wert der Organisation zu erhöhen. Das relativiert aber schon der Umstand, dass die Generalsekretäre der Gemeinschaft meist abgehalfterte Minister oder hohe Beamte sind.

Die GUS, so schrieb Dmitrij Trenin in seinem Buch „The End of Eurasia“ 2002 (auf Deutsch „Die gestrandete Weltmacht“), sei kein Instrument für die Wiederherstellung des Reiches, sondern eine Hilfe beim Aufbau der einzelnen Nationen und Staaten gewesen.⁸ Das ist durchaus zutreffend. Gerade in den vergangenen Jahren – Trenins Buch war in diesem Punkt bereits veraltet, als es 2005 auf Deutsch erschien – intensivierte Moskau aber die Versuche zur Umsetzung dessen, was manche (russische wie ausländische) Beobachter mitunter schon seit der ersten Hälfte der 1990er-Jahre als „russische Monroe-Doktrin“ bezeichnen. Der Vergleich hinkt allerdings: Von einer klaren Doktrin kann keine Rede sein, und die Südhälfte des amerikanischen Kontinents

⁷ Ihm war insbesondere die Deportation u.a. von Frauen und Kindern nach Sibirien vorgeworfen worden. Meri starb dann während des Prozesses Ende März 2009 im Alter von 89 Jahren. Der russische Präsident Medwedjew verlieh ihm noch posthum einen Orden.

⁸ Trenin, Dmitri: Die gestrandete Weltmacht. Neue Strategien und die Wende zum Westen. Hamburg 2005, S. 93f. (englische Originalausgabe: Trenin, Dmitri: The End of Eurasia. Russia on the Border Between Geopolitics and Globalization. Washington 2002); vgl. auch ders.: Getting Russia Right. Washington 2008.

war nie von Washington aus regiert worden – während die früheren Sowjetrepubliken bis vor nicht allzu langer Zeit tatsächlich Moskau gehorcht hatten. Insofern liegen die Dinge grundsätzlich anders. Der Erfolg des politischen Ausgreifens Moskaus auf die ehemaligen Bruderrepubliken ist wechselhaft, die Strategie verschwommen. Nur an eines wird von kritischen Stimmen in- und außerhalb Russlands gerne erinnert: Unter Putin haben sich die Beziehungen zu einer Reihe von GUS-Ländern erst recht verschlechtert. Schuld daran sind allerdings aus russischer Sicht (wovon z.B. der Jahresbericht des Außenministeriums Auskunft gibt) stets die anderen.

3. Hegemonie mit dem Holzhammer?

Zum Schlüsselerlebnis für den Kreml wurde die „Orange Revolution“ in der Ukraine im Herbst 2004. Auf sie lassen sich eine ganze Reihe politischer Kurskorrekturen zurückführen: innenpolitisch im Hinblick auf den „Machtwechsel“ von Putin zu Medwedjew in Russland und dessen Begleitumstände (zu denken ist an die harte Linie gegenüber der außerparlamentarischen Opposition 2007 und an vom Kreml gesteuerte Jugendorganisationen wie „Naschi“ [„Die Unseren“] und andere); außenpolitisch in der Ausgestaltung der Beziehungen zu den GUS-Mitgliedern sowie in der Haltung gegenüber der EU und den USA, die der unerlaubten Einmischung in eben jenes „nahe Ausland“ bezichtigt wurden und deren Vertreter und verlängerte Arme (z.B. Nichtregierungsorganisationen) in Russland (und einigen anderen früheren Sowjetrepubliken) seither mit erheblichem Druck der Behörden zu kämpfen haben.

Die „Orange Revolution“ war Weckruf und Lehrstück zugleich. Ähnliches hatte sich zwar ein knappes Jahr zuvor in Gestalt der „Revolution der Rosen“ in Georgien ereignet (die Micheil Saakaschwili an die Macht brachte), und auch dorthin hatte der Kreml mit viel Argwohn geblickt – u.a. deswegen, weil Georgien als Transitland im Kaukasus eine zentrale Position einnimmt. Aber die Ukraine war nochmals etwas anderes: In der Wahrnehmung vieler in Russland (und zwar in der politischen Elite wie in der Bevölkerung gleichermaßen) war

deren „Verlust“ Ende 1991 schwer oder nicht zu verschmerzen, und in gewissem Sinne gehörte die Ukraine des als prorussisch geltenden Präsidenten Leonid Kutschma, der seit 1994 reagiert hatte, trotz eines bis zu einem gewissen Grad eigenen Kurses noch zum eigenen „Imperium“. Deshalb ließ die Moskauer Führung wenig unversucht, ihrerseits massiv auf den Wahlausgang Einfluss zu nehmen – etwas, was aus russischer Warte eben wegen des „nahen Auslands“ nicht auf dieselbe Stufe zu stellen war wie die Wahlkampfunterstützung westlicher Organisationen für den oppositionellen Kandidaten Viktor Juschtschenko. Der Kreml lehnte sich zwecks Umsetzung seiner „Monroe-Doktrin“ ohne moralische Bedenken vor und während der „Orangen Revolution“ gegenüber der Ukraine politisch besonders weit aus dem Fenster – und scheiterte bekanntermaßen, denn Juschtschenko setzte sich schließlich durch.

Zweierlei sticht zunächst heraus. Zunächst zeigte Moskaus kapitale Fehleinschätzung der Lage in Kiew beispielhaft die Unkenntnis über die Vorgänge in den ehemaligen Sowjetrepubliken. Natürlich: Auch im Westen gab es kaum jemanden, der die „Orange“ Massenbewegung vorausgesagt hätte. Aber die zielsichere Unterstützung des diskreditierten Kutschma-Regimes und dessen Kandidaten Viktor Janukowitsch ist nur aus Moskauer Binnenperspektive erklärbar, wo Fehlleistungen u.a. deswegen nicht auffallen, weil sie auch dort *common sense* sind. Noch folgenschwerer war aber die plumpe russische Vorgehensweise und die abschätzigste Behandlung der Demonstranten, die sich allesamt als „gekaufte Claqueure des Westens“ oder „der CIA“ dargestellt sahen. Damit offenbarte der Kreml (nicht zum ersten Mal), was er von Pluralismus und Bürgergesellschaft hält. Viele Ukrainer fühlten sich von diesem russischen Verhalten erst recht abgestoßen.

Das Fanal von Kiew, das sich unter ganz anderen Vorzeichen und in anderer Form kurze Zeit später in Kirgisien wiederholte und Präsident Askar Akajew das Amt kostete, veranlasste Moskau u.a. zu einem Überdenken seiner GUS-Politik. Parallel zur Ökonomisierung vieler politischer Aspekte in Russland bemüht sich Moskau um die Schaffung von Anreizen, um die postsowjetischen Republiken wirtschaftlich stärker an sich zu binden. Die erwähnte Schaffung der Agentur für GUS-

Angelegenheiten im Außenministerium ist dafür ebenso ein Beispiel wie die Reise Medwedjews nach Kasachstan, wo der Wirtschaftsaustausch im Zentrum stand. Auch der Dreiergipfel Putins, des kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew und des turkmenischen Präsidenten Gurbanguly Berdymuchammedow im Mai 2007 mit der Einigung über eine Pipelineführung am Kaspischen Meer gehört zu dieser Kategorie.

Bei dieser Ökonomisierung der Politik spielen Energiefragen eine zentrale Rolle. Sie wirkte sich auch auf die Moskauer Strategie im „nahen Ausland“ aus, was man wie folgt zusammenfassen könnte: Wer nicht spürt, bekommt die Macht des Kremls zu spüren, und natürlich traf dies v.a. jene, die versuchten, sich aus dessen Dunstkreis zu entfernen – und zwar insbesondere Georgien und die Ukraine. Mit dieser undifferenzierten „Holzhammer“-Politik erreichte der Kreml allerdings in den vergangenen Jahren eher das Gegenteil der angestrebten Erweiterung der Interessensphäre. In Georgien haben die (geraume Zeit vor dem Krieg im August 2008) angeblich aus hygienischen Gründen verhängte Einfuhrsperre für Wein und Mineralwasser sowie die zeitweilige Unterbrechung der Kommunikationsverbindungen unter fadenscheinigen technischen und finanziellen Vorwänden der Sympathie für Russland einigen Abbruch getan. Die Stimmen, die die Schuldigen dafür nicht nur in Moskau sehen, sondern auch in Tbilisi, nahmen zwar zu (das ging jedenfalls aus vielen Gesprächen mit Bürgern während einer Reise des Verfassers durch Georgien Mitte Mai 2008 hervor), doch ist die Haltung gegenüber Russland allgemein eher pragmatisch. Wer – wie es der Kreml im Herbst 2006 tat – Georgier ausschließlich wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit aus Russland deportiert und den Kontakt zu Verwandten und Freunden verunmöglicht, kann im betroffenen Land nicht auf Sympathiekundgebungen rechnen.

Die Frage der Gaspreise böte allerdings auch den betroffenen Staaten – Ukraine, Belarus, Armenien und Georgien – eine Chance: Moskaus Argumentation mit der Angleichung an westeuropäische Abnehmerpreise („Weltmarktpreise“ gibt es im Gasgeschäft nicht, auch wenn zahlreiche Medien wie auch westliche „Russlandexperten“ diesen Begriff mitunter verwenden) ist ökonomisch richtig und würde das „nahe“ dem „fernen“ Ausland gleichstellen. Was anderes als das kann

das Ziel der politischen Führungen der postsowjetischen Staaten sein? Das Problem ist eher die Unaufrichtigkeit der russischen Vorgehensweise. Innerhalb der generellen Steigerung wird die individuelle Höhe der Preise durch die Loyalität zu Moskau bestimmt – und durch die Bereitschaft einzelner Regierungen, sich mittels fragwürdiger Gegengeschäfte (so den Verkauf von bedeutsamer Infrastruktur und Schlüsselanlagen insbesondere der Energiewirtschaft an Russland) die Gunst des Kremls weiterhin zu sichern. Das ist eine recht effiziente Methode, um Abhängigkeiten zu zementieren.⁹

Mittlerweile brisanter als die Energiepreise ist die Frage, inwieweit die als „nahes Ausland“ definierten Staaten in ihrer militärischen Bündniswahl frei sind. Das von den so genannten „farbigen Revolutionen“ in Georgien, der Ukraine und Kirgisien (wo jedoch 2005 ganz gewiss keine „antirussische“ Führung an die Macht kam) begründete russische „Trauma“ spielt auch hier hinein, weil die Führungen der ersten beiden Länder gleichermaßen NATO-Aspirationen hegen. Wenn es so etwas wie eine russische „Monroe-Doktrin“ gibt, dann ist sie in diesem Punkt am deutlichsten sichtbar. Russland will weder die Ukraine noch Georgien in die NATO ziehen lassen. Das Säbelrasseln um Abchasien im Frühjahr 2008 und der russische Einmarsch in Georgien im August des gleichen Jahres sind aus diesem Kontext nicht zu lösen. Doch je mehr Druck Moskau ausübt, desto überzeugter sind vor allem jene Staaten des „nahen Auslands“, deren Führungen sich Legimitation im Volk holen müssen, sich unbedingt emanzipieren zu müssen – zu ihrer eigenen Sicherheit.

4. „Heilige Allianzen“: Die Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS)

Zur Interessenwahrung im postsowjetischen Raum versuchte Moskau in den vergangenen Jahren, weniger die GUS selbst denn regionale, mit enger definierten Zielen ins Leben gerufene „Integrationsinitiativen“

⁹ Shevtsova, Russia, S. 190-195.

sowie den bilateralen Weg zu nutzen. Unter dem Eindruck der „farbigen Revolutionen“ und terroristischer Herausforderungen (eine oft politisch missbrauchte Formulierung) gewannen v.a. die sicherheitspolitisch orientierten Bündnisse an Bedeutung. Moskau und seine potenziellen Verbündeten trafen sich hier bestens. Der Kreml vermutete letztlich die NATO hinter den „farbigen Revolutionen“, und diese galt es aus seiner Sicht zu stoppen, um eine Ausbreitung westlichen Einflusses im „nahen Ausland“ zu verhindern. Moskau traf sich mit diesem Anliegen mit zahlreichen autoritär bis despotisch regierenden Herrschern der GUS, die um ihr eigenes Überleben willen in einem unterstellten „Demokratie-Export“ westlicher Länder ihre größte Bedrohung sehen. Bündnisse wie SOZ und OVkS nahmen dadurch gleichsam die Gestalt von „Heiligen Allianzen“ an.¹⁰ Das SOZ- Gipfeltreffen in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek 2007 verwies auf den Anspruch Russlands und Chinas, die Organisation als machtpolitischen Gegenentwurf zur euroatlantischen Partnerschaft zu positionieren. Daran zeigte sich, dass Russland nicht einfach „Einfluss“ im banalen Sinn des Wortes sucht, sondern um seine Sicherheit und die gesicherte Entwicklung seines Territoriums besorgt ist. Gerade die Diskussion um die amerikanischen Pläne zur Stationierung von Raketenabwehr-Anlagen in Ostmitteleuropa ist ein Beispiel für die uralten russischen Ängste, „eingekreist“ zu werden.

Die Effektivität eines Bündnisses wie der SOZ lässt sich trefflich infrage stellen. Es ist aber gleichzeitig ein Machtvehikel Moskaus und Pekings. Der Wert der Organisation erhöht sich für Russland durch die Teilnahme Chinas, dessen Fühler seit langem nach Zentralasien ausgestreckt sind: Moskau erhofft sich dadurch, die Ambitionen Pekings besser beobachten und eingrenzen zu können. Auch aus diesem Grund sieht Moskau eine Intensivierung der Aktivitäten der SOZ v.a. auf energiewirtschaftlicher Ebene als erstrebenswert an.

In der sicherheitspolitischen Ausrichtung ähnlich, aber auf postsowjetische Staaten beschränkt ist die OVkS, die 2002 aus dem so genannten Taschkenter Vertrag hervorgegangen war und die engsten und

¹⁰ Vgl. Allison, Roy: Blockaden und Anreize. Autoritarismus und regionale Kooperation. In: Osteuropa, 8-9/2007, S. 257-275.

vertrauenswürdigsten Partner Russlands im GUS-Raum vereinigt: Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan.¹¹ 2006 stieß auch Usbekistan (wieder) dazu, das sich als Reaktion auf die harsche Kritik der USA und der EU an der blutigen Niederschlagung von Protesten in der Stadt Andischan im Mai 2005 verärgert vom Westen abgewandt und sich wieder dem an sich nicht sonderlich geliebten Moskau angenähert hatte. Insbesondere ab 2005 versuchte Russland, die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit zu stärken, die militärischen Belange der GUS auf sie zu überwälzen und sie gleichsam zu einer „Anti-NATO“ auszugestalten. Diese Anstrengungen mündeten im Februar 2009 in die Absichtserklärung, eine gemeinsame schnelle Eingreiftruppe zu bilden, die auf auswärtige, aber – in bisher ungeklärtem Rahmen – auch auf interne Konflikte rasch reagieren können soll. Usbekistan missfallen diese Bestrebungen allerdings, weil es eine Einmischung in innere Angelegenheiten befürchtet, und auch Belarus zögerte lange, dem Abkommen beizutreten. Wie sehr die OVKS eine „Heilige Allianz“ autoritärer Regimes ist, zeigte u.a. im Mai 2008 eine Aussage ihres Generalsekretärs Nikolai Bordjuscha (eines Generals der russischen Grenztruppen): Die Organisation sei fähig, „von außen gesteuerte“ Umstürze nach dem Muster der „farbigen Revolutionen“ zu unterbinden und terroristische Umtriebe zu bekämpfen.¹² Da Letzteres oft verwendet wird, um die Opposition in den Mitgliedstaaten zu diskreditieren und zu kriminalisieren, ist die politische Botschaft klar: Demokratische Ansätze sind in den OVKS- und den SOZ-Mitgliedstaaten nicht erwünscht. Im Nachgang zum Georgien-Krieg vom August 2008 zeigten sich allerdings die Grenzen von Russlands Einflussnahme auf diese Organisationen. Kein einziger der Mitgliedstaaten, die doch zu den engsten Verbündeten Moskaus zählten, konnte sich bisher zu einer Anerkennung von Südossetien und Abchasien als „unabhängige Staaten“ entschließen. Im Gegenteil: In China etwa, das jeglichen secessionistischen Strömungen

¹¹ Vgl. Kaczmarek, Marcin: Russia Creates a New Security System to Replace the CIS. EurasiaNet, 1.11.2006. <www.eurasianet.org/departments/insight/articles/pp011106_pr.shtml>, abgerufen am 15.7.2009.

¹² Meldung der Nachrichtenagentur Interfax-AVN, 22.5.2008.

mit harter Hand begegnet, büßte die russische Außenpolitik mit dem einseitigen Vorpreschen an Glaubwürdigkeit ein.

Die Versuche, gemeinsame wirtschaftliche Entwicklungsräume zu schaffen, stießen meist auf erhebliche Schwierigkeiten. Die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (Eurasec oder EvrAzES) etwa, die bis auf Armenien dieselben Mitglieder zählt wie die OVkS, wird von der Moskauer Führung in letzter Zeit (noch) stärker gefördert. Zeitweise stand eine Fusion der beiden Organisationen im Raum, zu der es aber bisher nicht kam. Immer wieder gibt es Vorstöße in diese Richtung, unter anderem vom usbekischen Präsidenten Islam Karimow. Die Wirtschaftsgemeinschaft ist jedoch von einer Zollunion noch ein gutes Stück entfernt. Ökonomische Interessen scheint Moskau effektiver bilateral zu sichern. In Armenien ist es so zum Hauptkontrolleur der wichtigsten Wirtschaftszweige geworden, was sich politisch und militärisch auszahlt.

Spätestens seit 2007, als am GUS-Gipfeltreffen in Duschanbe (Tadschikistan) auch die Gipfeltreffen der OVkS- und EvrAzES-Mitglieder stattfanden, sind Bestrebungen einer Verzahnung der verschiedenen Organisationen erkennbar. Der bereits zitierte OVkS-Generalsekretär Bordjuscha schlug für dieses Jahr gar eine Zusammenlegung der Treffen der GUS-, OVkS-, SOZ- und sogar OSZE-Mitglieder vor – nicht ohne Zynismus im Falle der Letzteren, da Russland und eine Reihe von ehemaligen Sowjetrepubliken seit längerem mit der Organisation unzufrieden sind, sich aber mit ihren Reformvorschlägen nicht durchsetzen können.

5. Hegemonie als Fiktion?

Unter Putin „sammelt“ Russland wieder „seine Erde“ – als selbst ernannter Hegemon in „seinem“ besonderen Interessengebiet, also der früheren Sowjetunion. Eigentlich müsste es aber der Umstand nachdenklich stimmen, dass auch jetzt (wie schon ab 1989 in den Transformationsstaaten Ostmitteleuropas) viele Länder, deren Bürger sich die Freiheit zurückgeholt haben, den Dunstkreis Moskaus verlassen

wollen. Das hat natürlich mit Geopolitik zu tun, mit aktivem Lobbyismus der USA, der NATO und der EU – aber zweifellos nicht ausschließlich. Russland ist für demokratische Staaten, welche „die Wahl haben“, kaum attraktiv.

Auf einer spezifischen Ebene lernt Moskau jedoch vom Westen. Charmeoffensiven, zu denen momentan Medwedjew besser fähig ist als sein Amtsvorgänger Putin, und wirtschaftliche Anreize, über die das Land mittlerweile offenkundig verfügt, sind ein aussichtsreicherer Weg als Wirtschaftsblockaden, plumpe Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und eine Außenpolitik „mit dem Holzhammer“. Russische Unternehmen expandieren in die ehemaligen Sowjetrepubliken, deren Mentalität ihnen aus sowjetischen Zeiten vertraut ist. Umgekehrt ist für die postsowjetischen Republiken der russische Markt oft der nächste und attraktivste. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ließ eine Reihe von GUS-Staaten noch lauter als zuvor an Russlands Tür klopfen und um Kredithilfe nachsuchen. Belarus, die Republik Moldau, Armenien und Kirgisien erhielten Kredite in der Höhe von jeweils mehreren hundert Millionen Dollar. Dass diese auch an Loyalitätszusagen gebunden waren, zeigte sich an Kirgisien, das gleichzeitig mit der Annahme russischer Finanzhilfe das Abkommen mit den Amerikanern über den Luftwaffenstützpunkt auf dem Bischkeker Flughafen Manas aufkündigte. Wenn nun auch mehr oder weniger alles beim Alten bleibt und die Kirgisen und Amerikaner eine neue Vereinbarung getroffen haben, konnten die Russen doch ihr – de facto längst bestehendes – Mitspracherecht für sicherheitspolitische Vorgänge in Zentralasien stärken.

Zunehmend entdeckt die russische Außenpolitik jenseits ihrer reinen Propaganda weichere Faktoren. In den vergangenen Jahren wandte sie diese gegenüber dem Westen an. Der englischsprachige Fernsehsender „Russia Today“ (der sich als „russisches CNN“ versteht) ist ein Beispiel, die jüngst ins Leben gerufenen „Menschenrechtsbeobachtungszentren“ in New York und Paris sind ein anderes. Russland sucht nicht einfach „nur“ plump „Einfluss“, sondern zunehmend auch politische Deutungshoheit, um sich abzusichern. Wenn Moskau mit seinen Ölgeldern nun auch beginnt, nichtstaatliche Organisationen in den GUS-

Ländern zu unterstützen, dringt es in die Sphären westlicher Aufbauarbeit vor. Der Wettbewerb der Ideen – plakativ gesagt: zwischen liberaler und „souveräner“ Demokratie – greift über die Grenzen Russlands hinaus.

Russlands Integrationsbemühungen im GUS-Raum kranken aber letztlich gerade an der Differenz, die diese beiden ideologischen Welten voneinander trennt. Integration heißt für Russland Hegemonie. Seine Politik in der GUS ist weitgehend auf dieses Ziel ausgerichtet und daher für „Holzhammer-Methoden“ sehr anfällig.